

Die Kasse wird wohl noch leerer

KÜRZUNGEN Die Bayerische Staatsregierung will die Mittel für die Jugendarbeit kürzen. Kreisjugendpfleger Herbert Köhl befürchtet deshalb, dass bald kein Geld mehr für die Jugendbildung da ist.



Fotos: Jessica Urban

VON UNSEREM REDAKTIONSMITGLIED
JESSICA URBAN

Landkreis Kitzingen – Eigentlich hat Kreisjugendpfleger Herbert Köhl damit gerechnet, dass sich die finanzielle Ausstattung für die außerschulische Jugendarbeit in Bayern wieder entspannt. In den Jahren 2003 und 2004 waren etwa ein Fünftel der damaligen Mittel – insgesamt 4,9 Millionen Euro – gestrichen worden. Viele Kreisjugendringe (KJR) haben daraufhin ihr Engagement in der Jugendbildungsarbeit gestrichen oder zumindest zurückgefahren. „Dadurch, dass einige ihr Budget nicht abgerufen haben, kamen wir aber bislang noch ganz gut zurecht“, erklärt der Geschäftsführer des KJR Kitzingen. Auch wenn er und seine Mitarbeiter bei den Planungen etwas Bauchschmerzen hatten – wegen der Planungsunsicherheit – konnten die bisherigen Angebote der Jugendbildung in Kitzingen erhalten bleiben.

Das könnte sich jetzt ändern. Denn aktuell plant die bayerische Staatsregierung erneut Mittel zu kürzen. „Für das Haushaltsjahr 2011 werden nach dem derzeitigen Entwurf des Haushaltsplans die Zuschüsse für den Bayerischen Jugendring um knapp 800 000 Euro sinken“, bestätigt Ludwig Unger,

Pressesprecher des Bayerischen Kultusministeriums. Betroffen wäre davon erneut die Jugendbildungsarbeit. Darunter fallen im Landkreis aktuell der Mutmacherkurs für Jungen, die speziellen Jungen- und Mädchenworkshops und Wendo für Mädchen – also Angebote, die darauf abzielen, Kinder in ihrer Persönlichkeit zu stärken und so etwa vor Mobbing zu schützen.

Große Nachfrage

Vor allem die Mutmacherkurse werden laut Köhl sehr gut nachgefragt. Mittlerweile gibt es für das Seminar einen Zusatzkurs und auch der ist bereits ausgebucht, die Warteliste füllt sich. „Wir haben dieses Angebot sogar erweitert, obwohl wir wissen, dass es mit den Zuschüssen knapp werden könnte.“

Kurse wie diese sind seit langem ein wichtiger Bestandteil des KJR in Kitzingen: „Wir haben in diesem Bereich schon immer viel Geld abgerufen, weil es ein Schwerpunkt für uns ist.“ Köhler und seine Mitarbeiter erachten gerade solche Präventionsangebote für sehr wichtig.

Würden die Mittel der Staatsregierung wegfallen, könnte es für solche Seminare in Zukunft kein Geld mehr geben: „Wir müssten den Teilnahmebeitrag für den Mutmacherkurs von 60 auf 103 Euro anheben.“ Noch

extremer wäre die Preissteigerung bei den Jungen- und Mädchenworkshops. Sie würden sich von 55 Euro auf 108 Euro fast verdoppeln.

„Bei diesen Preisen würde es kritisch werden“, betont Köhl. Die Folge wäre, dass diese Angebote vermutlich ganz gestrichen werden. Und das, obwohl die Regierung Präventionsarbeit eigentlich für wichtig erachtet.

Neben dem KJR sind von den aktuellen Entwicklungen auch die Jugendverbände im Landkreis betroffen. Eng könnte es neben der Jugendbildung für sie auch in einem anderen Bereich werden. Denn die Kürzungen werden sich laut Köhl wohl auch im Bereich Bauprojekte und Renovierungsarbeiten von Jugendräumen bemerkbar machen. „Bis vor kurzem gab es hier einen Bearbeitungsstau, so dass neue Projekte nicht gefördert werden konnten“, erklärt Köhl. Gerade eben habe sich zwar eine Entspannung abgezeichnet. „Doch nun kommen wahrscheinlich wieder Kürzungen.“

Froh ist der Geschäftsführer angesichts dieser Aussichten über die Unterstützung des Landkreises: „Von ihm bekommen wir unsere Zuschüsse zuverlässig.“ Diese Mittel könnten das Loch in der KJR-Kasse jedoch nicht ohne Weiteres ausgleichen. „Nehmen wir das Geld

für die Jugendbildung, fehlt es an anderer Stelle.“ Auf Dauer sei das nicht tragbar. Zwei Drittel der Landkreiszuschüsse gingen zudem unmittelbar an die Jugendverbände.

Heftige Kritik an den geplanten Streichungen übt auch der Diözesanverband des Bund der Deutschen Katholischen Jugend in der Diözese Würzburg. „Die Kürzungen wirken sich direkt auf die Jugendarbeit vor Ort aus“, sagt die Vorsitzende Simone Müller-Pein.

Keine großen Aktionen geplant

Sie weist darauf hin, dass es die Einsparungen nahezu unmöglich machen, „ein qualitativ hochwertiges und differenziertes Angebot für Kinder und Jugendliche zu gewährleisten.“

Müller-Pein appelliert deshalb an die Verantwortlichen in der Politik: „Die Bayerische Staatsregierung muss endlich erkennen, welchen Wert außerschulische Bildung besitzt.“ Jugendarbeit brauche nicht nur ideelle Anerkennung, sondern auch finanzielle Förderung.

Trotz des Unmuts in der Jugendarbeit sind laut Köhl derzeit aber keine großen Aktionen geplant. „Wir hoffen, dass wir die Politik auch so davon überzeugen können, dass die außerschulische Jugendarbeit wichtig ist und finanzielle Mittel braucht.“

Ki 22.02.11